

V-36 Für die Bewahrung des Iran-Nuklearabkommens

Gremium:	BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum:	14.09.2019
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Die Eskalationsspirale im Konflikt zwischen den USA und Iran, die durch den einseitigen
2 Ausstieg der USA aus des Iran-Nuklearabkommen (Joint Comprehensive Plan of Action,
3 JCPoA)
4 durch US-Präsident Trump im Mai 2018 in Gang gesetzt wurde, dreht sich zunehmend
5 weiter und
6 droht, den Vertrag als zentrales rüstungskontrollpolitisches Instrument in seiner
7 Gesamtheit
8 zusammenbrechen zu lassen. Seit dem Ausstieg Washingtons wurden von US-Seite
9 unilateral die
10 Wiedereinführung und Verstärkung von nationalen Sanktionen beschlossen. Ziel ist es
11 Iran -
12 bisher ohne Erfolg - im Rahmen einer Politik des „maximalen Drucks“ zu
13 weitreichenden
14 Konzessionen, mit Blick auf sein ballistisches Raketenprogramm sowie sein regionales
15 Verhalten und einem neuen, allumfassenden Abkommen zu bewegen.
- 16 **Das Iran-Nuklearabkommen ist das Ergebnis jahrelanger internationaler**
17 **Bemühungen, durch**
18 **diplomatische Mittel den Streit um das iranische Nuklearprogramm**
19 **beizulegen und eine atomare**
20 **Bewaffnung Irans zu verhindern.** Durch seine Verpflichtungen im Verbund mit
21 einem
22 präzedenzlosen Transparenzregime, überwacht durch die Internationale Atom- und
23 Energiebehörde (IAEA), wurde bisher erfolgreich das Risiko einer atomaren Bewaffnung
24 Irans
25 auf ein beherrschbares Maß reduziert. Vor vier Jahren wurde die Vereinbarung mit der
26 Resolution 2231 vom VN-Sicherheitsrat angenommen und ist damit der
27 rechtsverbindliche
28 Rahmen, auf den die internationale Staatengemeinschaft verpflichtet wurde. In seiner
29 Resolution fordert der Sicherheitsrat alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf,
30 geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Umsetzung der Vereinbarung zu
31 unterstützen und
32 gleichzeitig Maßnahmen zu unterlassen, welche der Umsetzung der Verpflichtungen
33 aus dem
34 Iran-Nuklearabkommen entgegenstehen. Der einseitige Ausstieg der USA und die
35 Verhängung
36 unilateraler US-Sanktionen stehen dazu in Opposition. Neben der regelbasierten
37 internationalen Ordnung steht damit auch ein zentrales Rüstungskontrollregime unter
38 Beschuss.
- 39 **Ein Ende des Iran-Nuklearabkommens würde nicht nur eine Katastrophe für**
40 **die Region** mit

26 unüberschaubaren Konsequenzen einer möglichen Aufrüstungsspirale und eines
27 nuklearen
28 Wettrüstens bedeuten - sondern würde auch ein fatales Signal der Unverlässlichkeit
29 und damit
30 Verhandlungs- und Vereinbarungsunfähigkeit an Staaten wie Nordkorea senden, welche
31 durch
32 diplomatischen und wirtschaftlichen Druck von ihrem Drang nach Atomwaffen
33 abgebracht werden
34 sollen.

31 **Der Iran-Nuklearabkommen versprach Iran für eine Aussetzung seines
Nuklearprogramms**

32 **Sanktionserleichterungen und damit einhergehende wirtschaftliche
Entwicklung.** Obwohl sich

33 die anderen Parteien der Vereinbarung - Russland, China, Frankreich, Großbritannien
34 und

35 Deutschland - gegen die US-amerikanische Linie gestellt haben reichen ihre bisherigen
36 Bemühungen um Sanktionserleichterungen im Rahmen des Iran-Nuklearabkommens
37 nicht aus: Durch

38 die Dominanz des US-Dollars im Welthandels- und Finanzsystem und die Bedeutung des
39 US-

40 Marktes für europäische, aber auch chinesische Banken und Unternehmen ist die US-
41 Regierung

42 in der Lage, durch unilateral verhängte Sanktionen auch nicht-US basierte
43 Unternehmen unter

44 Druck zu setzten.

45 **Deshalb profitiert der Iran nun nicht mehr wirtschaftlich von den
internationalen**

46 **Sanktionserleichterungen:** Das Land kann kaum mehr Öl exportieren, europäische
47 Unternehmen

48 haben sich aus Angst vor US-Restriktionen zurückgezogen, der Handel ist
49 eingebrochen, es

50 gibt kaum mehr Finanzkanäle. Nicht einmal mehr Medikamente und humanitäre Güter
51 können

52 aufgrund von Selbstreglementierung und Übererfüllung von Unternehmen und
53 fehlenden

54 Bankverbindungen geliefert werden - auch wenn die Güter gar nicht von US-Sanktionen
55 erfasst

56 sind.

57 **Deshalb testet Teheran nun zunehmend Grauzonen bei der Erfüllung seiner
nukleartechnischen**

58 **Verpflichtungen aus, nachdem sich das Land laut Berichten der IAEO bis Juni
vollumfänglich**

59 **an diese gehalten hatte.** Im Juni 2019 hat Iran, wie von der IAEO bestätigt -
60 schrittweise

61 begonnen, Uran über die unter des Iran-Nuklearabkommens festgelegten Obergrenze
62 anzureichern. **Hiermit sollen die Unterzeichnerstaaten unter Druck gesetzt**

63 **werden:** Falls das

64 Land nicht vom Iran-Nuklearabkommen wie vereinbart profitiere, sehe Teheran keinen
65 Nutzen

66 darin, sich weiter an den Vertrag zu halten, so die Botschaft. Die bisherigen iranischen

54 Maßnahmen deutet aber daraufhin, dass man in Teheran weiter eine
55 Verhandlungslösung
56 anstrebt.

56 **Wir fordern deshalb, dass**

- 57 • die Bundesregierung und die EU sich weiter im Rahmen der GASP (Gemeinsame
58 Außen- und
59 Sicherheitspolitik) zusammen mit den übrigen Parteien der Vereinbarung China
60 und
61 Russland dafür einsetzen, die Wiener Nuklearvereinbarung als zentrales
62 rüstungskontrollpolitisches Instrument zu bewahren.
- 61 • die Bundesregierung alle praktikablen Maßnahmen ergreift, um wirtschaftliche
62 Aktivitäten, die nach europäischem Recht legal sind, abzusichern und den Handel
63 mit
64 Iran aufrecht zu erhalten. Der Handels- und Zahlungsmechanismus INSTEX,
65 dessen
66 Ausgestaltung und Funktionalität weiter vorangetrieben und ausgeweitet werden
67 muss,
68 ist ein erster wichtiger Schritt, damit Iran wie in der Vereinbarung angelegt
69 wirtschaftlich von Sanktionserleichterungen profitieren kann. Weitere Maßnahmen
70 müssen
71 aber folgen. Eine Möglichkeit sind beispielsweise staatlich abgesicherte,
72 multilaterale Investitionsprogramme für Entwicklungsprojekte, die unmittelbar der
73 iranischen Bevölkerung zugutekommen.
- 70 • die EU sich stärker mit den anderen Vertragspartnern abstimmt, wann eine
71 „significant
72 non-performance“ Irans mit Blick auf seine nukleartechnischen Verpflichtungen
73 vorliegen würde, und sich deutlich gegenüber Iran positioniert, um eine
74 sukzessive
75 Aushöhlung der Vereinbarung zu verhindern und damit seine Funktion zu
76 bewahren.

74 Im Umgang mit den aktuellen Differenzen im transatlantischen Verhältnis hinsichtlich
75 Iran

75 **zeigen sich die Grenzen europäischer Handlungsfreiheit. Dass die**
76 **Europäische Union den US-**
77 **amerikanischen Sekundärsanktionen, die europäische Unternehmen zwingen**
78 **sich aus dem Iran-**
79 **Geschäft zurückzuziehen, und der Politik des maximalen Drucks kaum etwas**
80 **entgegenzusetzen**
81 **hat, offenbart deutlich das geringe Maß einer finanz- und handelspolitischen**
82 **Souveränität**
83 **der EU.**

80 Dass wir in der EU nicht in der Lage sind, Maßnahmen durchzusetzen, wenn die USA
81 das nicht
82 wollen, kann nicht im Sinne unserer europäischen Friedens- und Sicherheitsinteressen
83 sein.

82 Es untergräbt unsere wirtschaftliche und politische Souveränität und die

83 Glaubwürdigkeit der
europäischen Außenpolitik

84 **Wir fordern deshalb, dass**

- 85 • die EU geeignete Maßnahmen ergreift, um ihre Widerstandsfähigkeit gegen
86 Sekundärsanktionen und damit ihre finanz- und handelspolitische Souveränität
erhöht.
87 Dazu gehört längerfristig auch eine Stärkung der globalen Rolle des Euro.

88 **Krise in der Straße von Hormus**

89 Immer mehr wird nun der Persische Golf und die Straße von Hormus zum
Austragungsort des
90 Konfliktes zwischen USA und Iran. Mit großer Sorge beobachten wir den sukzessiven
Aufbau
91 einer militärischen Drohkulisse durch die USA, welche die Spannungen und das Risiko
92 bewaffneter Zwischenfälle erhöht.

93 **Wir fordern, dass alle Maßnahmen der EU und der Bundesregierung auf eine
Deeskalation im
94 Konflikt zwischen USA und Iran ausgerichtet sind.** Vor diesem Hintergrund lehnen
wir die US-
95 Militärmission „Sentinel“ in der Straße von Hormus und eine deutsche Beteiligung
daran ab.
96 Eine „Koalition der Willigen“ unter Führung der USA, einer der beiden Streitparteien,
kann
97 kein Beitrag zur Entspannung der Lage sein. Die Freiheit der internationalen Schifffahrt
und
98 die maritimen Handelswege stehen für uns nicht zur Disposition. **Einem Einsatz der
Bundeswehr
99 im Persischen Golf werden wir nur im Rahmen einer völkerrechts- und
grundgesetzkonformen
100 Mission und mit einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen.**

101 Wir fordern, dass die EU ein deutliches Gegengewicht zur Logik von Drohungen und
102 Gegendrohungen setzt, der die Regierungen der USA und des Irans, sowie weitere
Akteure,
103 aktuell folgen. Diese Logik birgt eine enorme Gefahr für Fehlkalkulationen und eine
104 Eigendynamik, die sich bis hin zum Krieg entwickeln könnte. Dies wäre schlussendlich
einmal
105 mehr Wasser auf den Mühlen all derer, die überzeugt sind, dass das Streben nach
Atomwaffen
106 das einzige Mittel der wirksamen Abschreckung und Selbstverteidigung sei. Vor allem
jedoch
107 droht eine von der EU und ihren Partner*innen in dieser Frage ungebremste
Eskalationspolitik
108 den gesamten Nahen Osten und seine Bewohner*innen, sowie alle Nachbarregionen
durch einen
109 unkalkulierbaren Krieg auf schlimmste Weise in Mitleidenschaft zu ziehen und
Abertausende
110 von Menschenleben zu kosten.

111 Um aus dieser Sackgasse herauszukommen und auf eine Deeskalation in der Region
112 hinzuarbeiten, braucht es erstens Kommunikationskanäle zwischen Washington und
Teheran sowie
113 zumindest eine grundlegende Verständigung. Wir fordern die Bundesregierung auf, die
US-Seite
114 aufzufordern ein realistisches und glaubhaftes Angebot für einen politischen Ausweg
115 vorzulegen. Zweitens wird der Konflikt mittelfristig nur dann lösbar werden, wenn es
116 gelingt, zwischen den berechtigten Interessen der Akteure der Region nach Sicherheit
und
117 Stabilität, wie Israel, Saudi-Arabiens, aber eben auch des Irans, einen vertretbaren
118 Ausgleich zu schaffen. Hier ist die EU als Vermittlerin gefragt.

119 Allerdings wird es nicht zu einer nachhaltigen Entspannung in der Region kommen,
solange die
120 unverminderten Vernichtungsdrohungen gegen Israel durch das iranische Regime kein
Ende
121 nehmen, die wir aufs schärfste verurteilen, und solange es keine Anerkennung des
Staates
122 Israel gibt. Wir fordern weiterhin ein klares Bekenntnis zur Sicherheit Israels und seinem
Recht auf Selbstverteidigung im Rahmen des Völkerrechts angesichts der Drohungen
123 und
124 militärischen Aktivitäten Irans. Dies gilt ebenso gegenüber mit dem Iran verbündeten
oder
125 von diesem gesteuerten Akteuren, deren Aufrüstung eine erhebliche Gefahr für Frieden
und die
126 Sicherheit Israels darstellt. Deutschland muss insbesondere auf die Einhaltung der
UNSR-
127 Resolution 1701 durch die Hisbollah dringen und sich verstärkt etwa gegenüber
Russland gegen
128 eine militärische Etablierung des Iran in Syrien einsetzen. Gleichwohl lehnen wir auch
die
129 scharfe Rhetorik des israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu und Teilen der
israelischen
130 Regierung ab, genauso wie Militärschläge gegen iranische Atomanlagen.

131 Die aktuellen Bemühungen zur Bewahrung des Iran-Nuklearabkommens dürfen keine
Begründung
132 dafür sein, dass sich die Bundesregierung bei der klaren Benennung der täglichen
133 Verletzungen von Menschenrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien durch Iran
zurückhält.

134 **Für einen ganzheitlichen Regionalansatz**

135 Iran kann aufgrund seiner Größe, geostrategischen Lage und Bevölkerungszahl und
damit seiner
136 regionalen Bedeutung nicht ignoriert werden, ist aber unter anderem aufgrund seiner
137 Regionalpolitik, dem ballistischen Raketenprogramm, der feindseligen Haltung
gegenüber
138 Israel und der verheerenden Menschenrechtslage im Land ein problematischer
regionaler
139 Akteur. In einer zunehmend fragmentierten und von Krisen und Kriegen betroffenen
Region ist

140 Iran daher zwar Teil des Problems, aber eben auch der Lösung.
141 Unsere Politik gegenüber Iran muss dabei Teil eines ganzheitlichen Ansatzes sein, der
142 auf
143 einer Äquidistanz zu Saudi-Arabien und Iran basiert und sicherheitspolitische Fragen in
144 einem regionalen Kontext diskutiert. Dafür muss die deutsche wie die EU-Politik
145 gegenüber
146 Saudi-Arabien dringend korrigiert werden: d.h., das tatsächliche Verhalten muss
147 angepasst
148 werden, um die autoritären Strukturen beider Länder, ihre problematische regionalen
149 Rollen
150 und ihr Ringen um die regionale Vormachtstellung gleichermaßen kritisch zu
151 adressieren. Vor
152 allem der Export von Rüstungsgütern sowie jegliche militärische Zusammenarbeit mit
153 Saudi-
154 Arabien sind umgehend zu beenden.

149 Die Doppelstandard-Politik der Bundesregierung ist hier kontraproduktiv für eine
150 erfolgreiche deutsche und EU-Politik in der Region. **Wir fordern einen vertieften
151 Dialog mit
152 Iran sowie zwischen Iran und den Ländern des Golfkooperationsrats über
153 regionale Konflikte
154 und die Frage, wie ein Prozess hin zu einer regionalen Sicherheitsarchitektur
155 gestaltet
156 werden kann.**